Landtag
Nordrhein-Westfalen
13.Wahlperiode

Ausschussprotokoll
13/1329
29.09.2004

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

52. Sitzung (öffentlich)

29. September 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 **Aktuelle Viertelstunde:** 1

hier: **Berufskollegs in NRW leiden unter ungeplantem Bewerberandrang - Handlungsmaßnahmen der Landesregierung zur Problemlösung**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Dr. Elmar Schulz-Vanhedyen entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2 **Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes** 4

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5576

In Verbindung damit:

Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - 3. AG SGB VIII (KJHG) NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5578

In Verbindung damit:

Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5392

Ausschussprotokoll 13/1293
Vorlage 13/2973

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - dem - federführenden - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

3 **Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwortung und die Reform der Schulaufsicht** 8

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4971

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

4 **Änderung der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten der Lehrerinnen und Lehrer (VO-DV II) vom 22. Juli 1996 (SGV.NRW.223)** 12

Vorlage 13/2837

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss der Vorlage 13/2837 zu.

5 **Schulzeit durch Abitur nach 12 Jahren und Verminderung von Sitzenbleiben und Abschulen - NRW-Reformmodell steigert die Chancengleichheit und die Effizienz in allen Schulen der Sekundarstufe I** 13

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5185

In Verbindung damit:

Bildungsstandard setzen - Schulzeit verkürzen und zentrale Abschlussprüfungen einführen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4054

In Verbindung damit:

Schulzeit verkürzen, schnelleren Studienbeginn und Berufseinstieg ermöglichen - Abitur als Regel nach 12 Jahren realisieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4131

Ausschussprotokoll 13/1235

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

6 Neuen Erlass zur Quotierung der Sonderschüler umgehend zurücknehmen. - Anspruch auf sonderpädagogische Förderung von Kindern weitgehend erfüllen 17

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5544

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

7 Flexible Schuleingangsphase aussetzen - Jahrgangsbezogenen Unterricht in der Grundschule sichern - Schulkindergärten erhalten 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5675

In Verbindung damit:

Flexible Schuleingangsphase qualitätsorientiert ausgestalten - Umstrukturierung erfordert bessere Rahmenbedingungen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5626

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

*****

Ich komme zunächst auf die Wartelisten zu sprechen. Selbstverständlich haben im vollzeitschulischen Bereich der Berufskollegs schon immer dann, wenn die Berufskollegs nicht in der Lage waren, Schüler aufzunehmen, Wartelisten existiert. Das ist etwas Normales und nicht zu umgehen. Dies gilt jedoch nicht für die Klassen in der dualen Ausbildung.

Zur tatsächlichen Stellenbesetzung: Wir haben zurzeit in den Berufskollegs landesweit 86 Stellen ausgeschrieben; diese sind also frei. Die Zahl der besetzten Stellen kann ich jetzt deswegen nicht konkret nennen, weil erst am 14. und 15. Oktober für diese 86 zurzeit ausgeschriebenen Stellen die Auswahlgespräche stattfinden.

Sie fragten, ob ich den heutigen Stand der Schülerzahlentwicklung im Berufskolleg nennen kann. Diese Frage muss ich verneinen, weil wir dieses nicht tagesaktuell abfragen.

2 Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5576

In Verbindung damit:

Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - 3. AG SGB VIII (KJHG) NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5578

In Verbindung damit:

Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5392

Ausschussprotokoll 13/1293
Vorlage 13/2973

Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold teilt mit, dass die Fraktionen versucht hätten, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen. Der Vorsitzende möchte wissen, ob dies möglich gewesen sei.

Marlies Stotz (SPD) schickt vorweg, dass es ihres Wissens keine Einigung auf einen gemeinsamen Antrag gegeben habe.

Anschließend führt sie aus, ihre Fraktion begrüße, dass in dem neuen Jugendfördergesetz die Zusammenarbeit von Jugend und Schule gestärkt werde und dass die Eigenständigkeit der außerschulischen Bildungsarbeiten weiterhin festgeschrieben sei. Die Infrastruktur in der Jugendarbeit müsse erhalten bleibe, auch wenn es schwierig sei, die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen. Die Opposition habe zwar gefordert, bereits ab 2005 höhere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, allerdings habe sie nicht dargelegt, wie man es finanzieren solle. Den Vertretern der Volksinitiative sei es wichtig, dass das Gesetz zeitnah auf den Weg gebracht werde, um Planungssicherheit zu haben. Im Übrigen erinnere sie daran, dass der Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen im Rahmen der Anhörung von fast allen Anzuhörenden gelobt worden sei.

Marie-Theres Kastner (CDU) lässt verlauten, sicherlich habe sich jede Fraktion bemüht, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen. Ihrer Fraktion sei es jedoch sehr wichtig gewesen, dass im nächsten Jahr die Jugendorganisationen und Jugendeinrichtungen finanziell nicht im Stich gelassen würden. Man wisse, dass die nicht vorhandenen Mittel im nächsten Jahr dazu führten, dass Jugendeinrichtungen geschlossen und Stellen abgebaut würden. Es gehe nicht um große, sondern um kleinere Einrichtungen, die mit halben und Dreiviertelstellen arbeiteten und keinen großen Träger im Hintergrund hätten. Von daher sei es ihrer Meinung nach unverantwortlich, in diesem Bereich Mittel zu kürzen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sagt, es sei einfach, mehr Finanzmittel zu fordern, wenn man nicht in einer Gesamtverantwortung für den Haushalt stehe. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Haushaltslage sei es nicht möglich, in diesen Bereich mehr Finanzmittel hinein zu geben.

Die Perspektive für das Jahr 2006 sei klar definiert worden. Um auf die im Jahre 2005 schwierige Situation zu reagieren und weil man nicht wolle, dass Infrastruktur wegbreche, habe man eine größere Flexibilisierung und eine gegenseitige Deckungsfähigkeit innerhalb der Haushaltsansätze möglich gemacht.

Abschließend sei zu betonen, dass auch zukünftig für diesen Bereich eine sehr erkleckliche Summe zur Verfügung gestellt werde, sodass man nicht von "nicht vorhandenen Mitteln" sprechen könne.

Ralf Witzel (FDP) hebt hervor, dass es bei diesem Thema vonseiten der Oppositionsfraktionen eine hohe Kompromiss- und Gesprächsbereitschaft gegeben habe, dass jedoch drei Punkte nicht verhandelbar gewesen seien.

Erstens der Termin für das Inkrafttreten, da nach Meinung der Oppositionsfraktionen nach der jetzigen Lage 130 Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet seien.

Zweitens sollte explizit im Gesetz festgehalten werden, dass das Land für bestimmte Bereiche in der Verantwortung stehe. Die Kommunen hätten bereits durch die Einschnitte der vergangenen Jahre genügend Kosten tragen müssen. Von daher würde

seine Fraktion ein klares Bekenntnis zur Verantwortung des Landes in Bezug auf die Finanzierung im Gesetz begrüßen.

Drittens sollte es keinen Vorrang von schulischen Angeboten, sondern eine faire Partnerschaft von Angeboten in der Schule und der Jugendhilfe geben, was auch gesetzlich klargestellt werden sollte.

Brigitte Speth (SPD) betont, dass nach dem SGB VIII in Verbindung mit dem KJHG für die Jugendförderung die Kommunen zuständig seien. Seit vielen Jahren unterstütze jedoch das Land die Kommunen bei dieser schwierigen Arbeit. Nichtsdestotrotz seien natürlich die Beträge, die die Träger respektive die Kommunen aufbrächten, deutlich höher als die Beträge, die das Land einbringe. Die Abgeordnete möchte wissen, ob die Landesregierung die Zahl von 130 Einrichtungen, die nach Auffassung der Opposition im nächsten Jahr geschlossen werden müssten, verifizieren könne. Sie bezweifle das.

Zwar sei sie bei den Verhandlungen über einen gemeinsamen Antrag nicht dabei gewesen, allerdings habe sie erfahren, dass eine Verhandlungsbereitschaft an den Knackpunkten seitens der Oppositionsfraktionen nicht gegeben gewesen sei.

Ihre Fraktion habe die Landesregierung gebeten, zu prüfen, ob es angesichts der Lage vor Ort wirklich Sinn mache, neue Projekte zu beginnen, oder ob es nicht sinnvoller sei, dieses Geld dazu zu verwenden, dort entgegenzuwirken, wo Strukturen drohten, zusammenzubrechen. Dies halte sie für einen vernünftigen und inhaltlich sinnvollen Ansatz.

Die Abgeordnete bittet den Vertreter der FDP-Fraktion um Darlegung, wo im Jugendförderungsgesetz der Schule ein Vorrang eingeräumt werde. Diesen gebe es nämlich nicht. Ein Schwerpunkt im Gesetzentwurf sei die Gleichrangigkeit von Jugendhilfe und Schule.

Wolfgang Werner (SPD) bittet den Vertreter der FDP-Fraktion darum, die gefährdeten Einrichtungen zu benennen, um darauf dann entsprechend reagieren zu können.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) unterstützt zunächst die Ausführungen der Abgeordneten Speth. Sie halte es für keinen guten Stil, wenn die Erklärungen der jugendpolitischen Sprecher der Fraktionen schon vor den politischen Verhandlungen den Zeitungen entnommen werden könnten. Dies spreche dafür, dass eine Einigungsbereitschaft nicht gegeben gewesen sei.

Ralf Witzel (FDP) verweist auf § 3 Abs. 2 des Gesetzentwurfes seiner Fraktion, in dem stehe, dass Förderschwerpunkte in der Jugendarbeit offene und mobile Formen haben und Land und Kommune sicherstellen müssten, dass es ein bedarfsgerechtes Angebot in der Breite an offenen Formen der Kinder- und Jugendarbeit gebe. Die Regierungsfraktionen seien nicht bereit gewesen, diese Grundsätze mit aufzunehmen.

Die Zahl 130 habe nicht seine Fraktion, sondern hätten die landesweit auftretenden Verbände und Organisationen in diesem Bereich nach Rückkoppelung mit deren örtlichen Einrichtungen genannt.

Bezüglich der Finanzierung stelle sich die Frage nach dem Schwerpunkt auf Ausgabenseite in Anbetracht dessen, dass Finanzmittel für Vorhaben wie "Waldpädagogik nach Genderaspekten" zur Verfügung gestellt würden.

Klaus Kaiser (CDU) hält es für bedauerlich, dass es zu keinem Konsens zwischen Opposition und Regierungskoalition gekommen sei.

Seiner Meinung nach sollte man kein Gesetz verabschieden, dass die Budgets des nächst gewählten Landtages betreffe.

Es stelle kein Problem dar, dass die Kommunen mehr Verantwortung im Jugendbereich übernähmen. Ein Systemwechsel von der Landesverantwortung hin zur kommunalen Verantwortung könne jedoch nur streng nach dem Konnexitätsprinzip durchgeführt werden.

StS Dr. Elmar Schulz-Vanheyden (MSJK) führt aus:

> Ich komme zunächst auf die Zahl 130 zu sprechen. "Droht" ist ein relativ unbestimmter Begriff. Eine Schließung droht nicht schon dann, wenn irgendein Funktionär eines Trägers sagt, dass wir vielleicht schließen müssen. Auch der Begriff "Einrichtung" ist nicht scharf definiert. Das vorausgeschickt, sage ich: Ich kann die Zahl von 130 drohenden Schließungen nicht bestätigen. Ich kann nicht einmal die Schließung einer Einrichtung von erheblicher Größe und Bedeutung aufgrund der Maßnahmen im Haushalt des Landes bestätigen.
>
> Herr Kaiser, einen Systemwechsel sieht die Landesregierung in diesem Gesetzentwurf nicht. Es ist ja nicht so, dass das Land den Kommunen neue Aufgaben gibt. Es definiert die Aufgaben deutlicher als bisher, die nach Bundesgesetz schon immer bei den Kommunen waren.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

> Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen anzunehmen.
>
> Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion abzulehnen.
>
> Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abzulehnen.